Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 387. Mittag-Ausgabe. Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 21. August 1866.

Preußen.

Berlin, 20. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Amtmann Fritze zu Fuchshöfen im Landkreise Königsberg den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, dem evangelischen Schullehrer Gottlieb Hecker zu Tiegenhagen im Kreise Marienburg und dem Kirchvater und Gerichtsmann Samuel Hübner zu Pohlsdorf im Kreise Goldberg-Haynau das allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Premier-Lieutenant v. Unruh I. vom 3. Garde-Regiment z. F., dem Jäger Hugo Eichler vom Ostpreußischen Jäger-Bataillon Nr. 1, und dem Schornsteinfegermeister Krauthammer zu Loitz im Kreise Grimmen die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem zeitigen Vorstand der Feldpolizei, Polizei-Director z. D. Dr. jur. Stieber der Charakter als Geheimer Regierungs-Rath verliehen; und den Magistrats-Assessor und seitherigen unbesoldeten Beigeordneten Jost zu Weißenfels, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, als unbesoldeten Beigeordneten der genannten Stadt auf eine fernerweite sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Das dem Civil-Ingenier Wilhelm Parje zu Offenbach a. M. unter dem 23. Mai 1865 ertheilte Patent auf eine mechanische Vorrichtung zum Waschen von Leimleider ist aufgehoben. — Das dem Herrn Rudolph Wilhelmy in Berlin unter dem 30. April 1865 ertheilte Patent auf eine als neu und eigenthümlich erkannte continuirlich wirkende Rotations-Pumpe ist aufgehoben.

Der bisherige Gerichts-Assessor Hütte in Haltern ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Tecklenburg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Münster, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Tecklenburg, ernannt worden. — Dem Oberlehrer an der Dorotheenstädtischen Realschule in Berlin, Dr. Eduard Schödler, ist das Prädicat „Professor" beigelegt worden.

Berlin, 19. Aug. [Se. Maj. der König] empfing im Laufe des gestrigen Tages noch den General-Feldmarschall Grafen v. Wrangel und den Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen, von Witzleben. Heute hatte der großherzoglich badische Minister des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten die Ehre einer Audienz. Se. Majestät der König nahm aus den Händen des Grafen Eberhard zu Stolberg, begleitet von einer Deputation von 11 Mitgliedern, die Adresse des Herrenhauses entgegen, sowie später eine Adresse des Kreises Barmen, überreicht durch den Commerzienrath Engels, Mitglied des Herrenhauses, und den Handelspräsidenten Einert. Der schwedische Gesandte, Freiherr von Sansströmer, wurde von Sr. Majestät in einer Audienz empfangen, eingeführt durch den königlichen Kammerherrn und Legationsrath Freih. v. Otterstedt. Vortrag hielten der Ministerpräsident und der Minister des königlichen Hauses, Freiherr von Schleinitz. (St.-Anz.)

[Zur Compensations-Frage.] Ueber den Inhalt der Note, in der Frankreich Compensations-Forderungen in Berlin zuerst angeregt haben soll, will die „N. Deutsche Ztg." aus Paris Genaueres erfahren haben. Dieses Blatt (ehemals „N. Frankf. Ztg.") schreibt, wie wir in wiener Blättern lesen:

„Die Note, in welcher Frankreich seine Ansprüche auf „Berichtigung seiner Grenzen" im Falle einer aus dem letzten Kriege hervorgehenden bedeutenden Gebietsvergrößerung Preußens erhebt, ist vom 8. August datirt und am folgenden Tage in Berlin übergeben worden. In Folgendem kann ich Ihnen den Gedankengang der Note, auf sichere Informationen gestützt, angeben. Der kaiserliche Brief vom 11. Juni sprach eben so sehr die Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts aus, als er für Preußen eine Arrondirung seiner Grenzen im Norden Deutschlands, insbesondere zur Herstellung einer besseren Verbindung zwischen den östlichen und westlichen Provinzen für wünschenswerth erklärte. Hätte Graf Bismarck an diesem von ihm selbst in früheren Pourparlers aufgestellten Programme festgehalten, oder besser gesagt, wäre dasselbe nicht durch die raschen und eclatanten Erfolge der preußischen Waffen modificirt worden, so würde Frankreich keine Gelegenheit zu Reclamationen gehabt haben. Aber seit die Absicht Preußens deutlich hervortritt, einerseits im Norden Deutschlands auf Kosten seiner Gegner sich zu vergrößern und mit seinen Alliirten einen, seine Hilfsquellen erheblich vermehrenden Bund zu schließen, ohne die übrigen Unterzeichnungsmächte des wiener Vertrages zu befragen, andererseits seine Grenzen durch einfache Annexionen und nicht durch einen Gebietsaustausch, welcher zwischen Preußen und Frankreich eine gewisse Zahl kleinerer, ihrer Natur nach neutraler Staaten gebracht haben würde, zu arrondiren: — seit diesem Augenblicke glaubt Frankreich im Rechte zu sein, Forderungen zu stellen. In dieser Beziehung giebt die Note zu verstehen, daß Frankreich bei einer Wiedererlangung seiner Grenzen von 1792, wie sie durch den Frieden von 1814 aufrecht erhalten wurden, Preußen freie Hand im Norden Deutschlands lassen werde.

O. K. C. [Parlamentarische Nachrichten.] Von dem Abg. Heise und 40 Mitgliedern der conservativen Partei ist folgender Antrag eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle folgende Abänderung seiner Geschäftsordnung beschließen: 1) An Stelle des § 18 Alinea 1 „die Commissionen werden entweder im Allgemeinen und fachweise (§ 19) oder für einzelne Gesetzes-Vorlagen oder Anträge nach dem vom Hause gefaßten Beschluß, und zwar der Regel nach und insofern von dem Hause nicht eine größere Anzahl von Mitgliedern beschlossen wird, aus je 14 von den Präsidenten zu ernennenden Mitgliedern zusammengesetzt."

2) An Stelle des § 20 Alinea 1 und 2. „Zur Behandlung der bei dem Hause eingehenden Petitionen, insofern solche nicht vor eine der allgemeinen oder speciellen Commissionen gehören, wird vom Präsidenten eine eigene Commission von 28 Mitgliedern ernannt."

„Jedes Mitglied der Petitions-Commission kann nach achtwöchentlicher Amtsführung seinen Ersatz durch anderweite Ernennung Seitens des Präsidenten in Anspruch nehmen."

3) An Stelle des § 20 Alinea 5. „In gleicher Weise werden von den Fachcommissionen oder den für besondere Vorlagen ernannten Commissionen die ihnen zugewiesenen Petitionen behandelt."

4) An Stelle des § 21 Alinea 1. „Die Commission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats (§ 19 Nr. 9) wird aus 35 Mitgliedern gebildet."

5) An Stelle des § 67 Alinea 2 „beschließt das Haus die Vorberathung des Entwurfs einer Commission zu übertragen, so wird diese aus dem Präsidenten — bei dessen Verhinderung dem Vice-Präsidenten — des Hauses als Vorsitzenden und 21 von dem Präsidenten zu ernennenden Mitgliedern gebildet."

Motiv: Die Erzielung einer sachgemäßen, gleichzeitig die Parteistellungen des Hauses angemessen berücksichtigenden Zusammensetzung der Commissionen.

(O. K. C.) Die Abgeordneten Michaelis, Roepell, Twesten und Krieger (Berlin) haben unter dem 18. d. Mts. dem Vorstande der Fraktion der Fortschrittspartei angezeigt, daß sie aus der gegenwärtigen Fraktion ausscheiden, sich nach wie vor zu der entschieden liberalen Partei zählen, gerne bereit seien, sich bei den gemeinsamen Sitzungen der liberalen Fraktionen zu betheiligen und das Ihrige thun würden, um ein freundschaftliches Verhältniß zu der Fraktion der Fortschrittspartei aufrecht zu erhalten. — Der Abg. v. Unruh hat eine gleichartige Mittheilung unter demselben Datum an den Vorstand der Fraktion gelangen lassen. Die genannten Abgeordneten nehmen einstweilen eine völlig freie Stellung außerhalb aller Fraktionsverbände des Hauses ein.

O. K. C. Heute Vormittag 10 Uhr fand die erste Sitzung der Kommission des Abgeordnetenhauses für das Wahlgesetz für den Reichstag des norddeutschen Bundes statt. Die Staatsregierung wurde vertreten durch den Geh. Legationsrath Hepke und den Abg. Grafen zu Eulenburg, Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern; später erschien auch der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg. Der Referent, Abg. Twesten, richtete an die Vertreter der Regierung die Frage nach dem Zweck des Parlamentes, seiner Competenz, und nach dem Umfang des Bundes, des Territoriums, auf welches das Wahlgesetz Anwendung finden solle. Die erstere Frage nach der Competenz beantwortete der Reg.-Commissar Hepke dahin, daß die preußische Regierung mit den Regierungen, die den Bund bilden, eine darauf bezügliche Vorlage vereinbaren würde, die durch einen Staatsvertrag festgestellt werden solle. Mit einigen Regierungen, wie z. B. denen der thüringischen Staaten, seien die Verhandlungen so weit gediehen, daß die Zusage zum Eintritt in den Bund erfolgt sei; mit andern, wie mit beiden Mecklenburg und Oldenburg werde noch darüber verhandelt; mit Sachsen, Sachsen-Meiningen und Reuß ältere Linie könne erst später verhandelt werden, da sie sich zur Zeit noch im Kriegszustande mit Preußen befinden. Hieraus ergebe sich gleichzeitig der Umfang des Bundes. Auf die Frage eines altpreußischen Mitgliedes, ob ganz Preußen, auch diejenigen Landestheile, die nicht zum ehemaligen deutschen Bunde gehörten, in dem neuen Reichstage vertreten sein sollen, erwiderte der Reg.-Commissar Graf zu Eulenburg, daß § 1 der Vorlage (jeder Preuße ist Wähler und wählbar) diese Frage bejahe.

Der Abg. Löwe (Calbe) wirft die Frage auf, ob das Wahlgesetz in der Gestalt, wie es von den gesetzgebenden Factoren in und für Preußen angenommen werden wird, auch bei den in dasselbe einzuverleibenden Staaten sofortige Geltung haben soll, oder ob die preußische Regierung es erst mit den Ständen jener Staaten vereinbaren wolle; und ob sie im letzteren Falle, z. B. in Hannover, mit den vorhandenen, nicht zu Recht bestehenden Ständen oder mit den noch immer zu Recht bestehenden vom Jahre 1849 verhandeln werde. Der Vertreter der Regierung war nicht in der Lage, auf diese Frage mit Bestimmtheit zu antworten, fügte aber hinzu, daß voraussichtlich das Wahlgesetz mit jenen Ständen nicht erst berathen, sondern, sobald es in Preußen perfect geworden, in derselben Gestalt auch in jenen Staaten zur Anwendung kommen werde.

Auf die weitere Frage des Abg. Löwe, ob die Regierung in Betreff des Königreichs Sachsen erst das Zustandekommen des Friedens mit diesem Königreich abwarten oder schon durch die preußische Civilverwaltung die Wahlen vornehmen wolle, erwiderte der Vertreter der Regierung, daß sie die sofortige Vornahme der Wahl ohne Rücksicht auf den Friedensschluß eventuell beabsichtige.

Derselbe Abgeordnete fragt, ob die Erklärung der Regierung am Bundestage bei Gelegenheit der Vorlage des Reformprojektes, daß dasselbe für alle deutschen Bundesstaaten mit Ausnahme der zum Bunde gehörigen Provinzen Oesterreichs und der Niederlande berechnet sei, sich auch auf Luxemburg beziehe.

Reg.-Commissar Hepke erwidert darauf, daß jene Erklärung sich zunächst auf Limburg beziehe, daß in Bezug auf Luxemburg zur Zeit noch Verhandlungen schweben, daß jedoch der Beitritt Luxemburgs zu dem neuen Bunde noch nicht in Aussicht zu stellen sei.

Die gestellten Fragen regten eine Diskussion zunächst über das Verhältniß zu den einzuverleibenden Staaten und ihren Ständen an. Ref. Twesten, wie der Vors. der Commission, Abg. Simson, die Abgg. Lette, v. Carlowitz und Frech, sprachen sich in Uebereinstimmung mit der Erklärung des Hrn. Regierungscommissars dahin aus, daß mit der Eroberung jener Staaten nicht nur die Fürsten beseitigt, sondern auch die bisher bestehenden Verfassungen derselben aufgehoben seien; gegen diese Verwirkungstheorie, welche jure belli diese Staaten bis zur gänzlichen Incorporation in Preußen als verfassungslos hinstellt und ihnen das Reichswahlgesetz einfach octroyirt, erklärten sich die Abgg. Löwe, Reichensperger und Groote.

Von dem Abg. Groote wird folgender Antrag eingebracht: Das Abgeordnetenhaus wolle gegen die Staatsregierung die sichere Erwartung aussprechen, daß dieselbe alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden werde, um den bezweckten norddeutschen Bund zu einem Bund aller deutschen Staaten zu erweitern.

Der Abg. Reichensperger beantragt eine Aenderung der Ueberschrift des Gesetzes mit Bezug auf die nicht annectirten Staaten. Endlich wird noch die Frage aufgeworfen, ob nicht ein Mißverhältniß daraus entstehe, wenn das preußische Abgeordnetenhaus mit Einschluß der 80 Vertreter der einzuverleibenden Staaten 432 Mitglieder zähle und der Reichstag des norddeutschen Bundes der Zahl nach die schwächere Versammlung sei; das Reichswahlgesetz vom Jahre 1849 habe das Gebiet sämmtlicher deutscher Staaten in Aussicht genommen, während es jetzt nur auf das Gebiet nördlich vom Main Anwendung finden solle. — Der Vertreter der Regierung verhieß darüber in einer späteren Sitzung Auskunft zu ertheilen.

Die Generaldiscussion wird damit geschlossen und die Sitzung gegen 2 Uhr aufgehoben. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

[Ueber die Adresse und die dieselbe betreffenden Verhandlungen] bringt die „Nat.-Z." folgenden eigenthümlichen Artikel, für welchen wir vorläufig der gedachten Zeitung die Verantwortlichkeit überlassen müssen, bis wir selbst genauere Nachrichten über die erwähnten Vorgänge erhalten haben. Der Artikel lautet:

„Die Majorität von zwei Dritttheilen der Stimmen, mit welcher dieser Entwurf schließlich in der Commission genehmigt worden ist, nimmt sich zwar ungemein imposant aus, verbürgt aber nicht im Mindesten die Annahme im Plenum. Man weiß, daß in der Fraction der Fortschrittspartei, wie in der des linken Centrums die Meinungen in der Adreßfrage sehr getheilt waren. Vermöge der üblichen Fractionsdisciplin wurden aber diese Minoritäten lahm gelegt. In den Abtheilungen erlangte man durch die ungesunde Coalition mit den kleinen Fractionen der Ultramontanen und Polen bei den Commissionswahlen die Majorität, und es wurde dann den gewählten Mitgliedern der Fortschrittspartei in aller Form zur „Ehrenpflicht" gemacht, überall im Sinne des Waldeck'schen Entwurfs zu stimmen. Herr v. Unruh wurde durch diese Forderung veranlaßt, die auf ihn gefallene Wahl nachträglich abzulehnen. In der Adreßcommission hat man es dann durchaus nicht für nöthig gehalten, die selbst in der Fraction der Fortschrittspartei vielfach beanstandeten Punkte in einer das einheitliche Auftreten ermöglichenden Weise zu modificiren; man hat andere Punkte, die gar nicht in die Adresse gehören und über welche notorische Meinungsverschiedenheit herrscht, dennoch ganz willkürlich in dieselbe aufgenommen. Bei dem ganzen Werke ist also darauf gerechnet, daß einerseits der Fractionsterrorismus so weit vorhält, um die dissentirenden Mitglieder des linken Centrums und der Fortschrittspartei niederzuzwingen, andererseits, daß die Ultramontanen und Polen sich entschließen, der Krone ebenfalls in der gewählten Form ihre patriotische Freude über die Niederwerfung Oesterreichs und die neue große Stellung Preußens in Deutschland kundzugeben.

Wir glauben von den Volkswünschen auch einigermaßen unterrichtet zu sein, und zu wissen, wie die Thronrede überall im Lande aufgenommen worden ist, und welche Antwort auf dieselbe man erwartet. Daß man in gewissen Kreisen diesen Wahrnehmungen sich verschließt, daß man, statt vorwärts zu blicken, sich lediglich an die Vergangenheit klammert, während alle Welt in Preußen selbst wie im Auslande der Meinung ist, daß die Stellung und die Aufgaben des Staates seit dem Schlusse der letzten Session sich in einer, jede Erwartung weit überholenden Weise verändert haben, das kann sehr verhängnißvoll werden für die Zukunft der liberalen Partei in Preußen. Wir wenigstens legen nicht den geringsten Werth auf jene dürftigen Rechenexempel, durch welche man mit Siegesfreude schon im voraus eine aus den widerspruchsvollsten Factoren zusammengesetzte Majorität heraus calculirt. Man muß aus den ausgefahrenen Geleisen heraus, und wieder in das Volk hinein, wie es heute denkt und fühlt. Nur so kann die liberale Partei eine neue eingreifende Stellung bei dem Eintritt in eine neue Periode des preußischen Staatslebens gewinnen.

Wie wir vernehmen, haben die Abgeordneten v. Unruh, Twesten, Roepell (Danzig) und Michaelis (Stettin) ihren Austritt aus der Fraction der Fortschrittspartei angezeigt. Andere Austrittserklärungen stehen mit Sicherheit zu erwarten.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] kehrt dem Vernehmen nach heute Abend von Erdmannsdorf hierher zurück.

[Das Großherzogthum Hessen] ist bei den Friedensverhandlungen, Dank der Verwendung Rußlands, und, wie man sagt, auch Englands, ziemlich gnädig weggekommen, dennoch werden einige Gebietsabtretungen zur Arrondirung der neuen preußischen Grenze stattfinden müssen, und namentlich wird sich der Großherzog der erst vor wenigen Wochen durch Erbfall erworbenen Landgrafschaft Hessen-Homburg nicht lange zu erfreuen haben. Homburg wird preußisch. Die Provinz Oberhessen bleibt dagegen dem Großherzoge; das ausschließliche Besatzungsrecht der bisherigen Bundesfestung Mainz geht an Preußen über. Baiern muß Hof und das die Stadt umgrenzende fränkische Gebiet mit einer Seelenzahl von etwa 300,000 an Preußen überlassen.

[Ueber die Friedensverhandlungen mit Baiern] berichtet der „Nürnb. Corr." aus München: „Glaubwürdiger Mittheilung zufolge besteht Preußen auf Abtretung von Hammelburg und Kissingen in Unterfranken und Kulmbach in Oberfranken sammt den dazu gehörigen Bezirken, nachdem es von weiter gehenden Forderungen (Baireuth, Nürnberg und Ansbach) zurückgetreten. Auch eine bedeutende Summe für Kriegskosten wird verlangt. Die Höhe derselben wird zu 12, von andern sogar zu 35 Millionen Fl. angegeben."

[Berichtigung.] Die „Triester Zeitung" meldet nun auch: „Von dem Gefechte des „Dandolo" mit dem preußischen Schiffe „Vineta" in den mexicanischen Gewässern, das wir nach einem Telegramm der „Presse" aus Pola erwähnten, weiß kein Marine-Offizier etwas. Die Nachricht scheint eine Ente zu sein."

Deutschland.

Frankfurt, 17. Aug. [Anleihe.] Heute Abend fand eine vertrauliche Sitzung der gesetzgebenden Versammlung statt. Gutem Vernehmen nach wurde eine Senatsvorlage, die Beschaffung außerordentlicher Geldmittel im Betrage von 1,200,000 fl. durch ein freiwilliges Anlehen betreffend, zur Begutachtung an eine Commission verwiesen. Das Anlehen soll theilweise zur Deckung der durch die Militärrequisitionen entstandenen Schulden verwendet werden.

Vom Main, 17. August. [Der Patriotismus der Dynastie.] Folgende Thatsache kann Ihnen als zuverläßig mitgetheilt werden: Bekanntlich ging unlängst eine Deputation von Bürgern der Stadt Darmstadt nach Nymphenburg zum Großherzog, um im Interesse des Landes raschen Friedensschluß mit Preußen zu erbitten. Die Unterredung führte natürlich auch auf die Frage wegen der Abtretung Oberhessens. Bei dieser Gelegenheit sagte der Großherzog: „Von Abtretung ist keine Rede, ich rechne auf die rothen Hosen." Eines Commentars bedarf diese Aeußerung nicht. Ihre Wahrheit zu desavouiren, werden die Mitglieder der darmstädtischen Deputation schwerlich im Stande sein. (In Darmstadt rechnet man auf die rothen Hosen, und in Stuttgart heißt es: „Lieber französisch als preußisch!" Nun, man kennt diese Rheinbunds-Dynastieen seit lange. Aber schmerzlich wäre es, wenn nicht blos französische und russische, sondern sogar — englische Einflüsse bemüht sein sollten, das preußische Gebiet mit Fetzen von Hessen-Darmstadt durchbrechen und verunzieren zu lassen. Einen solchen Sieg der Familien-Politik über die Staats-Politik wollen wir bis auf Weiteres für unmöglich halten. Die Karte von Preußen würde darüber künftig einen nie verstummenden Vorwurf erheben.) (K. Z.)

Wiesbaden, 15. August. [Die Antwort des Fürsten zu Hohenzollern] auf den Brief des Herzogs von Nassau lautet wörtlich:

Ew. Hoheit haben mich unter dem 7. l. M. mit einem Schreiben beehrt, welches auch durch die Zeitungen zu weiterer Kenntniß gekommen ist. Es trägt denselben Stempel der Ueberhebung, welcher die Politik Ew. Hoheit während Hochdero Regierung charakterisirt. — Das Herzogthum Nassau, wie dessen Territorialbestand unter der Fremdherrschaft gebildet, war durch die Gemeinschaft der wichtigsten Interessen auf eine Anlehnung an die Politik Preußens angewiesen. Die herzogliche Regierung ist jeder Zeit auf Ew. Hoheit persönliches Betreiben im Widerspruch mit den Wünschen und Interessen des Landes bestrebt gewesen, innerhalb ihrer Sphäre der königlichen Regierung möglichst viel Schwierigkeiten zu bereiten; sie hat nicht wenig dazu beigetragen, den gegenwärtigen unnatürlichen Kampf vorzubereiten und zu entzünden. Der Gang der Ereignisse überhebt mich der Mühe, auf die Kritik von Maßregeln der herzogl. Regierung, zu welchen Ew. Hoheit sich veranlaßt gesehen haben, näher einzugehen; weitere Folgen der von Hochderselben befolgten Politik werden nicht auf sich warten lassen.

Braunschweig, 17. Aug. [Erklärung für Preußen.] Auf das Gerücht hin, daß dem Kronprinzen von Hannover die Thronfolge im Herzogthum Braunschweig zugesichert sei, um ihm einen Trost für die Einverleibung des Königreichs zu geben, hat heute Abend im Altstadtrathshause eine Bürgerversammlung, die von 500 Personen besucht war, folgende Erklärung beschlossen: „Das Herzogthum Braunschweig will, so lange das Geschick Sr. Hoheit dem Herzog Wilhelm das Leben erhält, unter dessen Regierung in der mit dem Bundesstaate verträglichen Selbstständigkeit verbleiben, demnächst aber seine kleinstaatliche Existenz nicht fortsetzen, sondern in das Gesammt-Deutschland repräsentirende Königreich Preußen aufgehen." Oberbürgermeister Caspari ertheilte der Versammlung noch das Versprechen, daß, falls wirklich dem Lande in der Richtung der für jetzt als unbegründet zu bezeichnenden Gerüchte Gefahr drohe, sofort eine neue Versammlung berufen werden solle. (Bekanntlich ist das Gerücht bereits widerlegt worden. D. Red.)

△▽ **Hamburg**, 19. Aug. [Die „Wespen" in Rußland und Polen verboten. — Annections-Adressen. — Zur nordschleswigschen Frage. — Dänische Zeitungsstimme für Preußen.] Das hiesige Witzblatt „Die Wespen", welches von Julius Stettenheim mit Talent redigirt wird und welches sich selbst in Rußland einen nennenswerthen Leserkreis erworben hatte, ist plötzlich durch Verfügung der kaiserlichen Regierung aus Rußland und Polen verbannt worden. — Aus Holstein sind neuerdings mehrere Adressen nach Berlin abgegangen, in denen um unbedingte Einverleibung Schleswig-Holsteins in die preußische Monarchie gebeten wird. Die beiden letzten holsteinischen Loyalitäts-Adressen datiren aus der Grafschaft Ranzau und aus der Herrschaft Pinneberg. Nach dem naheliegenden holsteinischen Elborte Blankenese war behufs der Aufstellung einer Adresse an den König von Preußen ebenfalls eine Versammlung berufen. Die Anwesenden beschlossen jedoch einstimmig die Nichtabsendung einer Adresse, und zwar aus dem Grunde, weil Blankenese auch nicht dem Erbprinzen von Augustenburg gehuldigt habe. — Nach den neuesten zuverlässigen Berichten aus Schleswig-Holstein bestätigt sich das Gerücht von dem unveränderten Verbleiben Nordschleswigs bei Deutschland. Auch der Ober-Präsident für Schleswig-Holstein, Baron Carl v. Scheel-Plessen, hat eine entsprechende Erklärung abgegeben. Die dänischen Agitatoren treiben inzwischen trotzdem ihr Unwesen. Beispielsweise schreibt die „Sonderburg Avis" von der Insel Alsen, daß die dortige dänische Partei bereits eine Liste von 80—90 deutschgesinnten Einwohnern Sonderburgs zusammengestellt habe, welche nach der Ueberlieferung Alsens an Dänemark sofort verjagt werden sollen! — Die neueste kopenhagener „General-Correspondenz" sucht nachzuweisen, daß Dänemark sich unter allen Umständen auf freundschaftlichen Fuß zu Preußen stellen müsse. Die Ohnmacht Dänemarks in militärischer Beziehung sei erwiesen, und wenn Dänemark sich nicht Preußen füge, so drohe ihm die Gefahr der Einbuße ganz Jütlands.

Italien.

Florenz, 15. August. [Zu den Friedensverhandlungen.] Ueber die italienischen Gesichtspunkte bei den Friedensverhandlungen mit

Oesterreich schreibt man der „K. Z.", erfahre, daß man, trotzdem die Negotiationen durch Frankreich vermittelt werden und von dem Cessions-Acte vom 4. Juli ausgehen, hinsichtlich der Form der Erwerbung Venetiens von den bisher von der Regierung und dem Lande aufgestellten Principien nicht abweichen wird. Die Diplomatie wird einige Mühe haben, diese delicate Frage zu lösen, aber ohne Zweifel mit der Aufgabe zu Stande kommen. Was die Entschädigungsfrage betrifft, so geht Italien auf den Präcedenzfall beim züricher Frieden zurück. Oesterreich wird daher nicht einfach eine der Kopfzahl der venetianischen Bevölkerung entsprechende Quote seiner Gesammt-Staatsschuld auf Italien übertragen, sondern, wie es in Zürich geschehen, die lombardisch-venetianische Schuld als eine specielle und für sich bestehende zu Grunde legen müssen. Bei dem Frieden von Zürich übernahm Italien drei Fünftel dieser Schuld, und jetzt ist es bereit, unter gewissen Voraussetzungen den Rest zu übernehmen. Eine andere Schwierigkeit liegt in der von Oesterreich erhobenen Forderung einer Entschädigung für das Festungs-Viereck. Von einer solchen will Italien nur insofern etwas hören, als es sich um das schwer fortzuschaffende Ausrüstungs-Material handelt. Die leicht transportablen Gegenstände können die Oesterreicher mitnehmen, alle Bauten und Immobilien aber betrachtet man hier als in der Cession eingeschlossen und verweigert dafür jede Entschädigung.

[Ministerielles.] Das Gerücht, daß Ricasoli durch San Martino ersetzt werden solle, ist unbegründet. Noch weniger hat Rattazzi Aussicht. Selbst der größte Theil der Linken möchte im Dezember, wenn nicht ein Mitglied der eigenen Partei, so wenigstens Ricasoli am Ruder sehen, in dessen Festigkeit gegen französische Zumuthungen man großes Vertrauen hat. Herr v. Malaret thut dem Baron einen Dienst, indem er gelegentlich gegen ihn intriguirt und das Terrain für Rattazzi oder Lamarmora zu ebnen sucht. Die Linke wird sich in Mailand zu einer Parteiberathung versammeln.

Frankreich.

Paris, 18. Aug. [Zum Klapka'schen Streifzuge.] Zur Abwehr der abenteuerlichen Gerüchte, welche von verschiedenen österreichischen Blättern über den von der ungarischen Legion unter Klapka unternommenen Streifzug verbreitet worden, giebt die „K. Z." nachstehend eine kurze Uebersicht des wahren Sachverhalts, den sie dem Berichte eines an der Expedition betheiligten ungarischen Offiziers entnimmt:

„Die in Neisse gebildete Legion hatte am 29. Juli den Eid auf die ungarische Fahne geleistet, nachdem Klapka einige Tage vorher in der genannten Festung eingetroffen war. Um dieselbe Zeit aber kam auch die Nachricht von dem Waffenstillstande und der Befehl zur Entwaffnung und Auflösung der noch in Neisse stehenden Abtheilungen, während die bereits nach der österreichischen Grenze abgerückten zwei Bataillone Infanterie und eine Schwadron Husaren wieder in das Bivouac von Schillersdorf verlegt wurden. Der Waffenstillstand traf die Ungarn wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Nach reiflichen Berathungen beschloß man, trotz der unzureichenden Kraft und der unzureichenden Mittel einen Einfall in Ungarn zu versuchen, weniger um das Land noch zu einem verspäteten Aufstande zu vermögen, als um zu verhindern, daß die Legion, wie bei Villafranca, abermals dem traurigen Loose der Entwaffnung entgegengehe, ohne auch nur ein Zeichen ihrer Kriegsfähigkeit von sich gegeben zu haben. Uebrigens war das Unternehmen keineswegs so tollkühn und unberechnet, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Die preußischen Truppen unter Graf Stolberg hielten ganz Schlesien besetzt, und die oberen Gegenden Ungarns waren unbewacht. Gelang es der Legion, über die Karpathen in das obere Waagthal einzudringen, so war ihre Verbindung mit dem Stolberg'schen Corps gesichert und es konnten ihr die nöthigen Verstärkungen und Vorräthe zugesandt werden, die sie in den Stand setzten, nicht nur ihre Positionen zu behaupten, sondern vom trentsiner Comitat aus in das arvaer, thuroczer und liptauer Comitat und vielleicht bis in die Lips vorzudringen. So rückte die Legion am 1. August um 4 Uhr Nachmittags unter dem Vorwande eines Uebungsmarsches, von Schillersdorf aus, in einer Stärke von 1520 Mann und 150 Pferden, drang am 3. durch den Buhano-Paß und erreichte Thurzowka, welches einige Stunden vorher von einer Schwadron österreichischer Ulanen geräumt worden war. Nach seinem ursprünglichen Plane wollte Klapka noch an demselben Tage Czacsa besetzen, wodurch seine Verbindung mit der Stolbergschen Vorhut in Jablunka hergestellt gewesen wäre. Mittlerweile hatte sich aber die Situation wesentlich geändert. Die Stipulationen des Waffenstillstandes brachten die Legion jetzt in eine kritische Lage, da die Preußen vom 2. August ab ganz Schlesien und den östlich von der Prerau-Oderberger Eisenbahn liegenden Theil von Mähren räumen sollten. An demselben Tage wurde auch Jablunka von den Oesterreichern besetzt und alle anderen schlesisch-ungarischen Pässe mußten ebenfalls voraussichtlich in einem oder zwei Tagen wieder in österreichischen Händen sein. Die 1500 Ungarn waren also von der preußischen Demarcationslinie durch Schlesien und einen großen Theil von Mähren getrennt. Ueberdies konnten sie von Preßburg und Komorn her jeden Augenblick mit überlegenen Kräften angegriffen werden. Es blieb Klapka also nichts übrig, als sich zum Rückzuge zu entschließen, da ein weiteres Vordringen zwecklos und auch von einer theilweisen Revolutionirung der Bevölkerung nichts Gutes zu erwarten war. Klapka hatte schon am 2. durch einen Adjutanten des Grafen Stolberg Kenntniß von der festgesetzten Demarcationslinie erhalten. Er hielt es jedoch nicht für thunlich, sofort Kehrt zu machen und durch dieselben, jetzt von den Oesterreichern bedrohten Defilee's wieder zurückzukehren, durch die er gekommen war. Er rückte daher — wie gesagt — am 3. noch bis Thurzowka vor, jedoch war keine Zeit zu verlieren, da österreichische Truppentheile jetzt von allen Seiten in Uebermacht heranrückten, und am 4. überschritt die Legion durch den Visoka-Paß zum zweitenmale die Karpathen. Morgens um 10 Uhr stand sie schon bei Karlowitz im Bivouac. Hier wurde den Truppen einige Rast gegönnt und erst am nächsten Tage der Marsch bis Roznau fortgesetzt, wo Klapka erfuhr, daß die Oesterreicher über Friedland und Frankstadt gegen ihn im Anmarsch seien. Er brach jedoch erst am Abend des 5. von Roznau auf und erreichte glücklich Meseritsch, von wo aus drei Wege an die Demarcationslinie führen. Von nun an war das Schicksal der Legion gesichert, da sie von einem Zusammentreffen mit den schwachen österreichischen Detachements, welche die Etappenstraße deckten, nichts zu fürchten hatte. Klapka langte denn auch am 6. August Nachmittags mit derselben Stärke, mit der er ausgerückt war, in Pohl hinter der Eisenbahn an und schloß sich dem in der Nähe stehenden 41. Infanterie-Regimente an. Am zweitfolgenden Tage wurde die Legion per Eisenbahn wieder nach Preußisch-Schlesien befördert, wo sie jetzt in Canntonnements liegt. Trotz der ungenügenden Ausrüstung, des schlechten Schuhwerks und des höchst ungünstigen Wetters hat die Legion diese schwierigen Märsche mit musterhafter Ordnung, bestem Geiste und ohne allen Verlust ausgeführt. Alle österreichischen Berichte über die Demoralisation und den Abfall der Soldaten sind nur Erfindungen."

Rußland.

St. Petersburg, 15. Aug. [Zum Karakosow'schen Attentatsprozesse] liegt nun in der amtlichen „Nordischen Post" ein Bericht vor, der augenscheinlich das Resumé der von Murawiew geführten 2½monatlichen Untersuchung bietet. Ohne auf bereits Bekanntes zurückzukommen und indem ich im vorhinein darauf aufmerksam mache, daß man hier mehrfach glaubt, die Thatsachen seien mehr zusammengeschweißt als zusammengestellt worden, sei hier das Wesentlichste des amtlichen Exposé's mitgetheilt. Danach gehörte Karakosow einer in Moskau meist aus Studenten bestandenen Vereinigung an, die sich die „Organisation" nannte und die Verbreitung socialistischer, antireligiöser Doctrinen bezweckte, zu welchem Behufe Verbindungen mit dem Volke angeknüpft, Schulen gegründet, auch Vereine unter den verschiedensten philanthropischen Benennungen mit Zustimmung der Regierung gestiftet werden sollten, wo mittelst auch die nothwendigen Fonds von bewußten und unbewußten Mitspendern beschafft werden mußten; es soll sogar nöthigenfalls auch Raub und Mord im Programm gestanden haben. Demgemäß hatte die Gesellschaft verschiedene Sectionen, oft unter den unscheinbarsten Namen, als: gegenseitige Unterstützung, Aufmunterung der Privat-, der Frauenarbeit u. s. w., um die Wachsamkeit der Behörde zu täuschen. Ueberdies suchte sie Verbindungen mit den Socialisten Petersburgs und der Provinz, welche „durch die Richtung des Unterrichts in einem großen Theile der Schulanstalten und der Journale" befördert wurden, ebenso durch die Verbindungen im Auslande, zu denen sich die dahin zur Ausbildung entsendete Jugend in Beziehungen setzte. Die Mitglieder der „Organisation" zerfielen in zwei Parteien, deren eine die gemäßigtere durch Verbreitung schädlicher Ideen auf das Volk wirken und die Revolution vorbereiten wollte, während die andere, welche sich unter dem Namen „Hölle" gebildet hatte, die Ermordung des Kaisers bezweckte. Zu dieser „Hölle" gehörte Karakosow; die Idee des Kaisermordes entstand nach der Anwesenheit eines der bedeutendsten moskauer Mitglieder, eines Cousins von Karakasow, in Petersburg im Sommer 1865, nachdem besagter Cousin mit einem aus der Schweiz zurückgekehrten Hauptagenten in Verbindung getreten war. Die Mitglieder der „Hölle" bedrohten mit dem Tode diejenigen Mitglieder der „Organisation", welche das Programm nicht ausführen wollten, da einige dasselbe als noch unreif betrachteten, weil das Volk nicht genügend für eine Revolution vorbereitet sei. Karakosow indeß war dem Projecte sofort gewonnen; es wurden Statuten aufgesetzt, welche jedoch vor Verhaftung der Mitglieder vernichtet worden waren; nach den Geständnissen Einzelner trug Jeder von ihnen Gift bei sich, welches in den Haaren in Form von kleinen Kugeln versteckt war; die für den Kaisermord Ausersehenen mußten sich dem Trunke und allen Lastern ergeben, um jeden Verdacht politischer Projecte von sich abzulenken. Auch war die Befreiung mehrerer russischer und polnischer Gefangenen beabsichtigt, zu welchem Zwecke einige Mitglieder nach Sibirien gehen sollten; ein solcher Versuch war in Moskau gelungen. Karakosow, der schon einige Wochen vor dem Attentate, in der ersten Fastenwoche, nach Petersburg gekommen war, wohnte hier in verschiedenen Hotels, namentlich auch bei einem Arzte, der seine Projecte kannte und ihn in der Klinik beherbergte. Indessen hatten mehrere seiner Kameraden wahrscheinlich Angst bekommen und zwei derselben wurden ihm nachgeschickt, um ihn nach Moskau zurückzuführen; indeß blieb er hier, bis ihn ein Brief seines Cousins, dem unbedingt gehorchte, zur Rückkehr bestimmte; schon fünf Tage später kam er aber wieder nach Petersburg; er besuchte den oben erwähnten Arzt sowie den Herausgeber der vom Vereine verfaßten Bücher, welcher ihn mit Geld versah, und theilte ihm seine verbrecherische Absicht mit. Er kaufte hier Kugeln und Pulver für die aus Moskau mitgebrachte Pistole und versuchte den Mord am 4. (16.) April in der bekannten Weise. Mehrere Mitglieder der „Organisation" haben hier und in Moskau ihre Mitschuldigen angegeben und auch einige Polen bezeichnet, die mit ihnen in Beziehungen gestanden und ihnen Gift verabfolgt hatten. In den beiden Hauptstädten wurden überdies noch mehrere Polen verhaftet, welche bezweckten, mehreren ihrer Landsleute zur Flucht aus den Gefängnissen und dem Exile zu verhelfen, Geld zur Unterstützung ihrer Landsleute zu sammeln und falsche Banknoten in Umlauf zu setzen; nach Aussage einiger dieser Leute sollte auch in Moskau ein politischer Verein unter dem Namen „Narodowa opieka" bestehen. Was sonst in dem Anklageakte besonders auffällt, sind die wiederholten Angriffe gegen die oberste Verwaltung des Unterrichtswesens; ja, sogar der Staatsgewalt im Allgemeinen wird zum Vorwurfe gemacht, von ihrer früheren Strenge nachgelassen und dadurch jene Bewegung der Geister hervorgerufen zu haben. Es ist bekanntlich bald nach dem Attentat der Unterrichtsminister entlassen und das gesammte Polizeiwesen reorganisirt worden. Im Ganzen geht aus dem Anklageakte hervor, daß auch nicht ein im wahren Sinne des Wortes zurechnungsfähiger politischer Mann an dem Complotte Theil genommen, daß nur Leichtsinn und Unwissenheit, Begehrlichkeit und Trägheit dasselbe ausgesonnen. Dem Unterrichtswesen thut eine Reform Noth, aber zumeist in soweit dasselbe auf den Charakter der Nation einwirkt; es soll den Männern der Zukunft zur Erkenntniß gebracht werden, daß nur Arbeit den Einzelnen, wie die Nationen vorwärts bringt; mit Pietismus und Obscurantismus wird da Nichts zu helfen sein. Freilich ist das eine Arbeit, die nicht in kurzer Zeit, nicht von der Regierung, sondern nur von der Gesellschaft mit Erfolg durchgeführt werden kann. (N.-Z.)

† **Breslau**, 21. August. [Polizei-Rath Nitschke †] Gestern wurde Herr Polizei-Rath Nitschke nach kurzem Krankenlager ein Opfer der Epidemie. Er war erst vor wenigen Wochen von einem mehrjährigen Aufenthalt in Meran, wo er hoffte, seine Gesundheit neu bekräftigt zu haben, zurückgekehrt. Der Staat verliert in dem Verstorbenen einen pflichttreuen und gewissenhaften Beamten und seine Collegen betrauern in ihm einen allgemein geschätzten und geachteten Mitarbeiter, dem sie stets ein treues Andenken bewahren werden.

Breslau, 21. August. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: Agnesstr. Nr. 3, aus unverschlossenen Kellerräumen, 4 hölzerne Gefäße (Waschschäffer), eines derselben war gez. „Sasse". Flurstraße 7a aus unverschlossenem Entree, ein grün, schwarz und roth carrirtes Umschlagetuch im Werthe von 5 Thlr. Kleine Groschengasse 14, aus verschlossener Wohnung, 1 schwarzer Tuchrock, 1 Paar Drillichhosen, eine wattirte Frauenjacke von schwarzem Englischleder und ein kattun. wattirter Unterrock. Ferner einem Dienstmädchen bei Gelegenheit des Besuchs eines öffentlichen Gartens zu Altscheitnig, ein weiß, grün und roth gemustertes Umschlagetuch im Werthe von 8 Thlr.

Verloren wurden: Im Laufe letztverflossener Zeit ein auf Marie Büttner lautendes Gesindedienstbuch. Am 12. d. M. auf dem Wege vom Carlsplatze nach der Neuen Weltgasse ein Notizbuch in welchem sich ein Inlands-Reisepaß und ein Gewerbeschein zum Handel mit alten Kleidern, beide Schriftstücke auf den Handelsmaun Julius Bleyer lautend, befanden. Ferner am 17. d. M. Nachmittags ein Mannsrock (Ueberzieher) durch Liegenlassen desselben in einer Droschke.

Angekommen: Graf zu Stolberg-Wernigerode, Generalmajor, a. Troppau. André, Lieut. u. Adjutant, a. Troppau. (Prov.-Ztg.)

† **Oels**, 21. August. [Rückkehr der Landwehr.] Am Sonnabend Nachmittag rückte hier das 2. Landwehr-Bataillon des 10. Regiments ein. Die Stadt Oels zeigte bei dieser Gelegenheit, was guter Wille vermag. Wenige Stunden genügten, um der Stadt ein recht prächtiges, festliches Gewand zu verleihen. Gegen 1 Uhr rückte das Bataillon ein. Kernige Gestalten, die Gesichter sonnenverbrannt, von blonden und schwarzen Bärten dicht eingerahmt, das ganze Wesen recht kriegerisch, beinahe dreinschlaglustig — man mochte sich sagen: Es ist doch besser, daß diese Männer als Freunde, denn als Feinde zu uns kommen. — Nachdem der Commandeur der Stadt gedankt und der Herr Bürgermeister Mappes mit wenigen, aber tiefempfundenen Worten das Bataillon begrüßt, zerstreute sich das Letztere, um „ein Jeder in sein Quartier" zu eilen! (Locomotive.)

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 21. August. Die „Spen. Ztg." meldet: Der Kurfürst von Hessen entsandte an seinem gestrigen Geburtstage seinen Flügel-Adjutanten von Eschwege in außerordentlicher Mission von Stettin nach Berlin. (Wolff's T. B.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 20. Aug. 10 U. Ab.	330,38	+13,6	O. 1.	Bedeckt.
21. Aug. 6 U. Mrg.	329,81	11,8	O. 1.	Sonnenblicke

Breslau, 21 Aug. [Wasserstand.] O.-P. 14 F. 7 Z. U.-P. — F. 11 Z.

[**Breslauer Börse vom 21. August.**] [Schluß-Course.] 1 Uhr Nachmittags. Russisch Papiergeld 74⅔—⅓ bez. u. Gd. Oesterr. Banknoten 79⅞ bez. Schles. Rentenbriefe 93 1/12—93 bez. Schles. Pfandbriefe 88⅞ Br. Oesterr. Nationanleihe 50¾ Br. Freiburger 137 Gd. Neisse-Brieger — —. Oberschles. Litt. A. u. C. 169¼ Br. Wilhelmsbahn —. Oppeln-Tarnowitzer 76 Br. Oesterr. Creditbank-Actien 56¼ Br. Schles. Bank-Verein 111 Br. 1860er Loose 59½ Br. Amerikaner 73¾—⅝ bez. u. Br. Warschau-Wiener 60¼—⅛ bez. Minerva 34 Br.

Breslau, 21. August. Preise der Cerealien.
Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	80—85	75	66—70	Roggen, neuer	—	—	—
do. gelber	77—82	75	66—70	Gerste	44—46	43	40—42
do. erwachsener	—	—	—	Hafer	30—31	29	26—28
Roggen, alter	54—55	53	51—52	Erbsen	62—65	57	52—54

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps und Rübsen**.

Raps	204	194	184	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen	186	176	178	
Sommerrübsen	—	—	—	
Dotter	—	—	—	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 14⅓ Thlr. Br., 14⅙ bez. u. Gld.
Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. — Ctr. Roggen. — Ctr. Hafer. 200 Ctr. Rüböl. — Ctr. Leinöl. 10,000 Qrt. Spiritus.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 20. Aug., Nachmittags 3 Uhr. Die 3% Rente eröffnete zu 69, 95 und schloß hierzu unbelebt, doch ziemlich fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 88⅝ gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 05. Italien. 5proc. Rente 52, 85. 3proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 352, 50. Credit-Mob.-Aktien 645, 00. Lombard. Eisenbahn-Aktien 388, 75. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 295, 00.

Wien, 20. August. [Schluß-Course.] 5proc. Metall. 58, 50. 1854er Loose 68, 50. Bankaktien 715, —. Nordbahn 156, 80. National-Anleihe 64, —. Credit-Aktien 143, —. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 178, —. Galizier 194, —. London 128, 50. Hamburg 94, 75. Paris 50, 65. Böhm. Westbahn 145. —. Credit-Loose 111, 75. 1860er Loose 74, 60. Lombard. Eisenbahn 195, —. 1864er Loose 65, 80. Silber-Anleihe 72.

Frankfurt a. M., 20. Aug., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schluß-Course: Wiener Wechsel —. Finnl. Anleihe —. Neue 4½% Finnl. Pfandbriefe —. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 72⅝. Oesterr. Bankantheile 653. Oesterr. Credit-Actien 30. Darmst. Bank-Actien 206. Oesterr.-Franz.-Staats-Eisenbahn-Actien —. Oesterr. Elisabetbahn —. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Berbach 144. Hessische Ludwigsbahn —. Darmst. Zettelbank —. 1854er Loose 52⅝. 1860er Loose 58¾. 1864er Loose 61¾. Oesterr. National-Anleihe 48⅛. 5% Metalliques 43¼. 4½% Metalliques 37⅛. — Fest.

Hamburg, 20. August, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Ruhig, fest. Schluß-Course: National-Anleihe 49. Oesterr. Credit-Actien 55¾. Oesterr. 1860er Loose 58¾. Mexicaner —. Vereinsbank 107¾. Nordd. Bank 116½. Rheinische 119. Nordbahn 70. Finnländische Anleihe —. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 77½. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 75¾. 6pCt. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 65⅝. Disconto 3¼ pCt.

Hamburg, 20. August. [Getreidemarkt.] Flau, ruhig; auf Termine nominell. Weizen pr. Aug.-Septbr. 5400 Pfd. netto 127 Bancothaler Br. u. Gld., pr. Septbr.-Oct. 118 Br., 117 Gld. Roggen pr. August-Septbr. 5000 Pfd. Brutto 74 Br. u. Gld., pr. Septbr.-Oktbr. 74½ Br., 74 Gld. Oel pr. Aug. 26, pr. Oct. 26¼. Kaffee ruhig. Zink 13¾ Mark gefordert. — Schönes Wetter.

Liverpool, 20. August, Mittags. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Fester Markt. Middling amerikanische 14, middling Orleans 14½, fair Dhollerah 10¼, middling fair Dhollerah 9, good middling Dhollerah 8½, New Bengal 7¾—8, New Dhollerah 10½, Pernam 17.

Amsterdam, 20. August. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen fest. Roggen loco lebhafter, pr. October 170. Raps pr. October 70½. Rüböl pr. October 40¼.

Berlin, 20. Aug. Die Stimmung hat sich mit dem Wechsel der Woche nicht verschlechtert, die Börse war heute nicht weniger fest und an Lebhaftigkeit hatte sie, in einigen Effekten wenigstens, eher noch zugenommen. Im Allgemeinen jedoch war die Thätigkeit der Börse nicht erweitert, in den schlesischen Aktien war das Geschäft noch beschränkter als an den letzten Börsen. Zu größerer Bedeutung entwickelten sich die Umsätze nur in Bergisch-Märkischen und in Köln-Mindenern, auch in Nordbahn und amerik. Anleihe. Ein Geschäft von geringerem Belange, aber doch immerhin von erwähnenswerthem Umfange, war in ital. Rente. die allerdings in matterer Haltung verkehrte, und in russischer Prämien-Anleihe. Mit Ausnahme der Italiener fanden übrigens die sämmtlichen Umsätze in steigender Richtung statt, nur am Schluß wurden die höchsten heute erreichten Course durch Realisirungen wieder ermäßigt, ohne jedoch auf das Niveau der vergangenen Woche herabgedrückt zu werden. Die Stimmung blieb vielmehr ungeachtet der am Schlusse eingetretenen Verkäufe unvermindert fest und günstig. Sehr still verkehrten die österr. Effekten, die aber, meist in Folge der naturgemäßen Einwirkungen der Valuta, höhere Course erlangten.

Auch in inländischen zinstragenden Effecten war der Umsatz nicht unbelebt, weniger jedoch in Staatspapieren als in Eisenbahnprioritäten. Von den preußischen Anleihen ist nur die 5% um ½% höher (103), die 4½% sind ¼ besser (97¾). Für die 4% Anleihen war nur 89¾, ¼ weniger, zu machen.

Geld für erste Disconten war überaus flüssig zu 4%, so daß erstes berliner Banquierpapier mehrfach auch unter diesem Satze zu begeben war. (Bank- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 20. August 1866.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anl.	4½	9?½ G.
Staats-Anl. von 1859	5	103 bz.
dito 1850. 52	4	89¾ bz.
dito 1853	4	89¾ bz.
dito 1854	4½	97¾ bz.
dito 1855	4½	97¾ bz.
dito 1856	4½	97¾ bz.
dito 1857	4½	97¾ bz.
dito 1858	4½	97¾ bz.
dito 1864	4½	97¾ bz
Staats-Schuldscheine	3½	84 B
Präm.-Anl. von 1855	3½	122¾ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102 bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	81 G
Pommersche	3½	81½ bz.
Posensche	4	— —
dito	3½	— — —
dito neue	4	89⅜ G.
Schlesische	3½	88½ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	91¼ bz.
Pommersche	4	91¾ B.
Posensche	4	89½ bz.
Preussische	4	90¾ bz.
Westph. u. Rhein.	4	— —
Sächsische	4	92¼ B.
Schlesische	4	92½ G.
Louisd'or 110⅞ bz.		Oest. Bk. 89 bz.
Goldkr. 9. 8¾ bz.		Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oesterr. Metalliques	5	46 bz.
dito Nat.-Anl.	5	50½ bz. u. G.
dito Lot.-A.v.60	5	58¾ bz.
dito dito 64	—	35½ bz.
dito 54 er Pr.-A.	4	54½ G.
dito Eisenb.-L.	—	69 bz.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	53¼ à 53 bz
Russ. Engl. Anl. 1862	5	87½ bz.
dito Holl. Anl. 1864	5	90 G.
dito Poln-Sch.-Obl.	4	63½ etw. b.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	60¼ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	87½ B.
dito à 300	5	81 B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	55 bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30¾ bz.
Amerikan. St.-Anl.	6	73½, 74, 73⅞ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	
Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	95 bz.
dito IV.	4½	95 bz
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77½ b.
Cöln-Minden	4½	— — —
dito II.	5	102½ bz.
dito	4	99 G.
dito III.	4	85½ G.
dito	4½	94½ bz.
dito IV.	4	85½ bz.
dito V.	4	84¾ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	82 bz.
dito III. Em.	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	76⅝ bz.
Niederschl.-Märk.	4	91 B.
dito conv.	4	91 B.
dito III.	4	90 B.
dito IV.	4½	96½ G.
Ndschl. Zweigb. L C.	5	98½ G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C.	4	90 G.
dito D.	4	90 G
dito E.	3½	79½ G.
dito F.	4½	94¼ B.
Oest.-Franz.	3	242½ bz.
Oest. südl. St.-B.	3	219 bz.
Rhein v. St. gar.	4½	— — —
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	95 G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1864	1865	Zf.	
Aachen-Mastrich	—	—	4	34 B.
Amsterd.-Rottd.	6 19/20	—	4	107¾ bz.
Berg.-Märkische	7½	9	4	154½ à 153½ bz.
Berlin-Anhalt	11⅝	13	4	216½ B.
Berlin-Görlitz	—	—	4	76 bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	100½ bz.
Berlin-Hamburg	10	9½	4	157 G.
Berl.-Potsd.-Mgd	16	16	4	205⅞ bz.
Berlin-Stettin	7⅝	—	4	129½ bz.
Böhm.-Westb.	5	—	5	58½ bz.
Breslau-Freib.	8⅔	9	4	137½ bz.
Cöln-Minden	15⅝	—	3½	153½ bz.
Cosel-Oderberg	¾	2¼	4	52¼ G.
dito St.-Prior.	—	—	4½	78¾ G.
dito dito	—	—	5	86 bz.
Galiz. Ludwigsb.	9	—	5	75 bz.
Ludwigsh. Bexb.	9⅓	10	4	147 bz.
Magd.-Halberst.	25	15	4	201 B.
Magdb.-Leipzig	18¼	—	4	265½ bz
Mainz-Ludwigsh	7½	—	4	130 bz.
Mecklenburger	3½	3	4	71 bz.
Neisse-Brieger	4⅞	5 ?/12	4	99¾ bz.
Niedrschl. Märk.	4	4	4	91½ B.
Niedrschl. Zwgb.	4 1/12	3⅝	4	70 bz.
Nord., Fr.-Wilh.	3 11/15	—	4	71 à 71½ à 71 bz.
Oberschles. A.	10	11⅔	3½	169¾ à ¼ bz.
dito B.	10	11⅔	3½	148½ bz.
dito C.	10	11⅔	3½	169¾ à ¼ bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	95 B.
Oest. südl. St.-B.	8	7⅕	5	103½ bz. u. B.
Oppeln-Tarnow.	3¼	3¾	5	76 bz.
Rheinische	6¼	—	4	120½ à 120 bz.
dito Stamm-Pr.	6¼	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	—	4	29¾ bz
Stargard-Posen	3½	—	3½	94 B.
Thüringer	8	8⅓	4	133¾ bz.
Warschau-Wien	7 11/12	—	5	60 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1864	1865	Zf.	
Berl. Kassen-V.	7 1/10	8¼	4	142 G.
Braunschw. B.	—	—	4	82 G.
Bremer Bank	7 8/10	6½	4	115 G.
Danziger Bank	7½	7 8/10	4	106 G.
Darmst. Zettelb.	8	7½	4	97½ G.
Geraer Bank	8	7⅝	4	106 B.
Gothaer „	7	7½	4	96½ bz.
Hannoversche B.	5⅜	4	4	85¼ bz. u. B.
Hamb. Nordd. B.	7⅝	9	4	114¾ G.
„ Vereins-B.	7 21/32	8 19/32	4	108 G.
Königsberger B.	6¾	6½	4	105 G.
Luxemburger B.	4	6	4	83¾ G.
Magdeburger B.	5 9/10	5½	4	95½ B
Posener Bank	7	6½	4	100 B.
Preuss. Bank.-A.	10 19/20	10 14/15	4½	[illegible] bz. u. G.
Thüringer Bank	4	4	4	65 bz.
Weimar „	7	6½	4	98 bz.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	108 bz.
Coburg Credb. A.	8	8¼	4	92½ bz
Darmstädter „	6	6½	4	82 etw. bz.
Dessauer „	—	—	—	2⅝ etw. bz.
Disc.-Com.-Ant.	6½	—	4	98⅞ à 99⅛ bz.
Genfer Credb.-A.	—	½	4	31⅛ bz.
Leipziger „	4	—	4	80 G.
Meininger „	7¼	—	4	95 bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	22 bz.
Oesterr. Credb. A.	5	—	5	56 A. à 56½ à ¼ bz.
Schl. Bank-Ver.	6½	7½	4	110 B.
Minerva	—	1	5	34¼ etw. bz. u. G.
Fbr. v. Eisenbdf.	8½	5½	5	97 Klgkt. bz.

⁂ **Breslau**, 21. August. Wind: Ost. Wetter: angenehm. Thermometer Früh 12 Grad Wärme. Bei ruhigem Geschäftsverkehr ist über den Verlauf des heutigen Marktes wenig Veränderes zu berichten.

Weizen schwach beachtet, pr. 85 Pfd. schlesischer weißer 68—86 Sgr., gelber alter 68—82 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, gelber neuer 70—76 Sgr., ausgewachsener und blauer 60—65 Sgr. — Roggen in feiner alter Waare beachtet, neuer und Mittelsorten billiger erlassen, pr. 84 Pfund neuer 51—54 Sgr., alter 53—56 Sgr., feinste Sorte über Notiz bez. — Gerste wenig beachtet, pr. 74 Pfd. weiße 45—46 Sgr., helle 44 Sgr., gelbe 40—42 Sgr., ausgewachsene 36 bis 38 Sgr. — Hafer matter, pr. 50 Pfd. 26—28—31 Sgr., feinster über Notiz bez. — Koch-Erbsen ruhiger. — Wicken ohne Handel. — Oelsaaten preishaltend. — Lupinen ohne Handel. — Schlesische Bohnen wenig beachtet, pr. 90 Pfd. 115—125 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Schlaglein ohne Handel. — Rapskuchen behauptet, 42—44 Sgr. pr. Ctnr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.